

Zu dieser Debatte könnte ich jetzt eigentlich eine „Sparmassnahme“ vorschlagen – dass wir nämlich die Eintretensvoten von letztem Jahr wieder bringen. Denn an der Grundsituation hat sich nichts geändert: Zwar kaschiert die Bilanzausgleichsreserve das ganze mit einer schwarzen Null – aber der Kanton kommt finanziell auf keinen grünen Zweig mehr und kann wichtige Leistungen nicht mehr bezahlen.

Dass die Regierung nun die Frankenstärke, die Minusteuerung und die steigenden Ausgaben für die Situation verantwortlich macht, ist einfach nicht ehrlich. Dass die Einnahmen nicht ewig sprudeln würden, war klar, und dass angesichts der steigenden Wohnbevölkerung und der immer höheren Komplexität der Aufgaben die Ausgaben steigen, ist auch nicht völlig überraschend.

Vielmehr wird immer deutlicher, dass wir unsere Finanzen wegen mit der unvorsichtigen bürgerlichen Steuersenkungspolitik an die Wand gefahren haben – dass diese neoliberale Finanzpolitik völlig versagt hat.

Um die finanzielle Misere zu beheben, die sich in dieser Rechnung zeigt und sich mit dem kommenden Budget noch verschärft, reichen „einfache“ Abbaumassnahmen wohl mehr. Natürlich kann man kurzfristig Projekte aussetzen, Löhne einfrieren, Personal entlassen, die Infrastruktur vernachlässigen, Innovationskraft einbüßen, Unterstützungsleistungen für Bedürftige senken, die Ressourcen der Schule beliebig zusammenstreichen, obwohl sie immer mehr leisten muss, das Sicherheitsgefühl der Menschen aufs Spiel setzen, Kultur und Umweltschutz bis aufs Notwendigste zusammenstreichen. All das kann man. Oder besser: Sie, die bürgerliche Grossratsmehrheit, können das. Offensichtlich wollen Sie das sogar.

Spätestens seit dem letzten Wochenende wissen wir aber, dass die Bevölkerung diese ruinöse Finanzpolitik nicht will. Bereits am 5. März 2015 hat sie klar Nein gesagt zu Entlastungsmassnahmen. Am vergangenen 5. Juni nun hat sie auch klar gemacht, dass sie nicht jede idiotische Steuersenkung mitmacht, dass sie keine Bevorzugung einzelner Gruppe mit Sonderkassen à la Milchkuh-Initiative will – und dass sie sich einen mässigen Ausbau der staatlichen Leistungen bei der Kinderbetreuung wünscht.

Wie Sie, liebe bürgerliche Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund ihren eingeschlagenen Weg weitergehen wollen, ist uns nicht klar. Und ich vermute, dass es auch Ihnen, wenn Sie ehrlich sind, nicht klar ist. Die Strategie der Regierung mit immer wieder neuen Abbaumassnahmen unter immer wieder neuen Namen kann es nicht sein. Oder kann mir in diesem Saal jemand sagen, was nach den Sanierungsmassnahmen noch kommen soll? Die Übernahme, der Bankrott?

Darauf hätten wir gerne Antworten. Und darauf hätten wohl auch die Aargauerinnen und Aargauer gerne Antworten – und zwar richtige, brauchbare Antworten, nicht den immer gleichen Nonsens von wegen struktureller Schieflage, Ausgabenexplosion oder von wegen „da ist noch Luft drin“. Das glauben nämlich die Leute angesichts des Kahlschlags, der sich nicht nur in der Schule langsam zeigt, nicht mehr.

Wir verlangen die Rückkehr zur Vernunft und eine Wende in der Finanzpolitik – und zwar sofort:

- Das Einnahmenproblem darf nicht länger totgeschwiegen werden. Wir müssen die unvernünftigen Steuertarifsenkungen für wenige der letzten beiden Steuergesetzversionen rückgängig machen.
- Die Strassenkasse muss geöffnet werden. Es kann nicht sein, dass diese überquillt, während alle anderen Politikbereiche den Gürtel unerträglich eng schnallen müssen.
- Die unselige Schuldenbremse muss zumindest gelockert werden. Sie ist gerade in der aktuellen Zinssituation besonders schädlich für den Kanton und blockt alle nötigen Investitionen ab.

Wir wünschen uns, dass Sie, liebe bürgerliche Mehrheit, nicht zuletzt angesichts der Abstimmungsergebnisse, nicht mehr einfach blind ihren ideologischen Weg auf den Abgrund zu weitergehen. Kehren Sie an den Verhandlungstisch zurück, wo wir darüber reden können, wie ein Kanton aussehen muss, der nicht nur auf die Steuern schaut, sondern seinen Bewohnerinnen und Bewohnern auch wirkliche Lebensqualität und eine Zukunft bietet.

Die SP-Fraktion stimmt den regierungsrätlichen Anträgen zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung zu. Zu einzelnen Themen werden wir uns in der Detailberatung noch melden.

Die wichtige Botschaft dieses Eintretensreferats ist aber, dass wir diese Finanzpolitik nicht mehr mittragen und noch konsequenter bekämpfen werden.

Und die wichtigste Botschaft ist, dass – falls Sie es noch nicht selbst gemerkt haben – auch die Bevölkerung diese Finanzpolitik nicht mehr mitträgt.

Es bleibt mir noch, im Namen der Fraktion der Verwaltung und allen Angestellten zu danken, die einen hervorragenden Job machen – obwohl die Politik die Arbeitsbedingungen bewusst schwierig wenn nicht konkurrenzlos schlecht gestaltet.

*Dieter Egli, 23. Juni 2016*